

ANDRÄ RUPPRECHTER
Bundesminister



4/4.2

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

GZ: LE.2.3.2/0023-EU-Koord LW/2016

Wien, am 1. Juni 2016

Gegenstand: Bericht über die 3.459. Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft/Fischerei) in Luxemburg am 11. April 2016

Am 11. April 2016 fand die 3.459. Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft/Fischerei) in Luxemburg statt.

TOP Annahme der Tagesordnung und die Listen der A-Punkte

Die Tagesordnung (in geänderter Reihenfolge) und die Liste der legislativen und nicht-legislativen A-Punkte wurden ohne Einwände angenommen.

TOP Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung einer Rahmenregelung der Union für die Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten im Fischereisektor und Unterstützung wissenschaftlicher Beratung zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik (Neufassung) (erste Lesung)
Interinstitutionelles Dossier: 2015/0133 (COD)

- Sachstand

Der Rahmen für die Datenerhebung und Verwaltung von Fischereidaten aus 2008 muss an die Erfordernisse der neuen Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) 2013 angepasst werden. Zur Durchführung der GFP auf der Grundlage der bestmöglichen wissenschaftlichen Erkenntnisse bedarf es harmonisierter Vorschriften für die Erhebung von biologischen, ökologischen, technischen und sozioökonomischen Daten in den Sektoren Fischfang, Aquakultur und Verarbeitung. Darüber hinaus zielt der Vorschlag auf die Vermeidung von Doppelgleisigkeiten ab, sowie auf ein Gleichgewicht zwischen Transparenz und Datenschutz.

Der Vorsitz verwies auf das einstimmige partielle Verhandlungsmandat des AStV vom 23.3.2016 und bekundete seine Absicht, nach der Abstimmung im Fischereiausschuss des Europäischen Parlaments am 19.4.2016 zügig weiter arbeiten zu wollen.

Der Rat nahm den Sachstandsbericht des Vorsitzes zur Kenntnis. Einige Mitgliedsstaaten betonten die Notwendigkeit einer verstärkten Regionalisierung, der Vermeidung von unnötigem Verwaltungsaufwand und eines Gleichgewichts zwischen Transparenz und Datenschutz.



TOP Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit technischen Maßnahmen für die Erhaltung der Fischereiresourcen und den Schutz von Meeresökosystemen, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1967/2006, (EG) Nr. 1098/2007 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates und (EU) Nr. 1343/2011 und (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 894/97, (EG) Nr. 850/98, (EG) Nr. 2549/2000, (EG) Nr. 254/2002, (EG) Nr. 812/2004 und (EG) Nr. 2187/2005 des Rates (erste Lesung)
Interinstitutionelles Dossier: 2016/0074 (COD)

- **Vorstellung durch die Kommission**

Kommissar Vella präsentierte den neuen Vorschlag zu den technischen Maßnahmen. Technische Maßnahmen (Fanggeräte, Fischmindestgrößen, Sperrgebiete, Schonzeiten) regeln, wie und wo Fischer tätig werden dürfen. Die derzeitige Regulierungsstruktur ist äußerst komplex und zur Erreichung der Ziele der GFP ungeeignet. Der neue Vorschlag besteht aus zwei Teilen. Es gibt gemeinsam geltende Regeln, z. B. für Fanggeräte und Maßnahmen zum Schutz empfindlicher Arten und Maßnahmen für die einzelnen Meeresbecken (Regionalisierung). Die Mitgliedstaaten können in Absprache mit den Stakeholdern alternative oder zusätzliche Maßnahmen vorschlagen.

Mit dem vorliegenden Vorschlag werden daher im Wesentlichen Änderungen der Struktur und keine pauschalen Änderungen der Maßnahmen selbst vorgenommen. Durch mehr Flexibilität sollen Anreize zur Erhöhung der Selektivität des Fischfangs geschaffen werden.

Die Mitgliedsstaaten unterstützten ausnahmslos den zweistufigen Ansatz, insbesondere die erhöhte Flexibilität durch die bevorstehende Regionalisierung. Manche Mitgliedsstaaten äußerten schon Detailanliegen wie z. B. Ausnahmen für die Sportfischerei und bei bestimmten Mindestgrößen und Fanggeräten.

TOP Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFIS)

- **Vorstellung durch die Kommission**

Sowohl der Vorsitz als auch Kommissar Hogan verwiesen auf den Investitionsbedarf des europäischen Agrarsektors von bis zu 9 Milliarden Euro. Der Kommissar sprach dabei auch die Rolle der Land- und Forstwirtschaft als Arbeitgeber in Europa an. Seine Intention sei daher, den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFIS) verstärkt mit den Förderungen für die ländliche Entwicklung zu vernetzen, um das Ziel der Verdoppelung der bisherigen Nutzung der Finanzinstrumente im Rahmen des EFIS zu erreichen.

Vizepräsident Jyrki Katainen machte auf den Mangel an Investitionen in der Landwirtschaft seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise aufmerksam. Der EFIS sei für den Agrarsektor von Bedeutung um private Investitionen und Investoren für Projekte zu gewinnen. Es gelte, dafür Bewusstsein zu schaffen, Investitionshindernisse zu beseitigen und den Binnenmarkt durch bessere Rechtssetzung zu stärken. Bis dato gebe es i.R. des Fonds 52 Projekte im Umfang von 79 Mrd. €. Diese betreffen vor allem die Themenkreise Energie und Innovation, darunter finden sich sechs Projekte aus der Landwirtschaft.

Die Delegationen, darunter auch Österreich, begrüßten diese zusätzlichen Finanzierungsinstrumente. Einige Mitgliedstaaten verwiesen auf konkrete Projekte, legten den Tenor aber auf die notwendige Vereinfachung in der Anwendung. Die noch offene Frage betreffend die Kombinationsmöglichkeit mit den Maßnahmen der Ländlichen Entwicklung sei zu klären.

TOP Marktsituation

- Aktuelle Informationen der Kommission

Mit diesem TOP wurden folgende TOP Sonstiges mitbehandelt:

- b) Milchmarktkrise**
 - **Antrag der litauischen Delegation**

- c) Antrag zur Änderung der Durchführungsbestimmungen für die im Hinblick auf das von der Russischen Föderation verhängte Einfuhrverbot geplante Stützungsregelung für die Obst- und Gemüseerzeuger**
 - **Antrag der polnischen Delegation**

- d) Verlängerung der Frist für die Einreichung von Beihilfeanträgen**
 - **Antrag der polnischen Delegation**

- e) Schweinefleischausfuhren in die Russische Föderation**
 - **Antrag der österreichischen Delegation**

Der Vorsitz verwies auf die beim letzten Rat Landwirtschaft und Fischerei von der Europäischen Kommission präsentierten Maßnahmen.

Kommissar Hogan gab einen Überblick zur Marktsituation in den Sektoren Milch, Schweinefleisch, Obst und Gemüse. Die Lage sei weiterhin sehr angespannt und von einem starken Preisdruck gekennzeichnet. Er berichtete auch über die Umsetzungsfortschritte des Maßnahmenpaketes. Der zur Verdoppelung der Interventionsmengen von Magermilchpulver und Butter notwendige Änderungsvorschlag zur Verordnung 1370/2013 wurde umgehend ausgearbeitet und verabschiedet. Die Annahme im Rat sollte so rasch wie möglich erfolgen.

Mit den im zuständigen Ausschuss bereits befürworteten Verordnungen zur Aktivierung der Artikel 219 und 222 der Verordnung über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse würden freiwillige Mengensteuerungssysteme für den Milchsektor ermöglicht. Eine Verlängerung der Sondermaßnahmen für den Obst- und Gemüsesektor über den 30. Juni 2016 hinaus werde erwogen und die erste Sitzung der einzurichtenden Marktbeobachtungsstelle für tierische Produkte sei vor dem Sommer geplant.

Der Kommissar bestätigte ferner, dass staatliche Beihilfen mit einer zeitlich befristeten Erhöhung auf 15.000,- € pro Jahr gewährt werden können. Produzenten müssten sich verpflichten, ihre Produktion nachweislich nicht zu erhöhen oder zu senken.

Anschließend präsentierte die litauische Delegation ihre Note mit der Forderung nach weiteren zielgerichteten Beihilfen mit der Möglichkeit nationaler Top-Ups für die Milchbauern.

Die polnische Delegation stellte zwei Anträge vor: eine Änderung des Mechanismus der Sonderstützungsmaßnahmen für den Obst- und Gemüsesektor und die Verlängerung der Einreichfrist der Beihilfeanträge für 2016.

Die österreichische Delegation brachte die Problematik der Schweinefleischausfuhren in die Russische Föderation aufgrund der seit 2014 bestehenden EU-weiten Importsperr im Zusammenhang mit dem Auftreten der Afrikanischen Schweinepest auf. Die Europäische Kommission wurde aufgefordert, ihre diesbezüglichen Anstrengungen bei den Verhandlungen mit der Russischen Föderation zu erhöhen.

Die Mitgliedstaaten brachten erneut ihre Unterstützung für das Maßnahmenpaket zum Ausdruck und verwiesen auf die Dringlichkeit der Umsetzung. Manche Delegationen hielten die vorgeschlagenen Maßnahmen für unzureichend und forderten weitere Anreize seitens der EU. Uneinigkeit herrschte hinsichtlich eines Einsatzes der Agrarkrisenreserve, positiv bewertet wurde hingegen die beabsichtigte Anhebung der Interventionsmengen. Die Möglichkeit einer zeitlich befristeten Erhöhung der staatlichen Beihilfen wurde begrüßt, während die daran geknüpfte Verpflichtung teilweise kritisch gesehen wurde. Mehrere Delegationen äußerten den Wunsch nach einer Anhebung der De-Minimis Obergrenze.

Sowohl das polnische Anliegen der einmonatigen Fristverlängerung bei den Zahlungsanträgen 2016 als auch die Wünsche der österreichischen Delegation im Hinblick auf die Schweinefleischexporte in die Russische Föderation wurden zahlreich unterstützt.

Kommissar Hogan versicherte, dass die Europäische Kommission an der Umsetzung der Maßnahmen mit Hochdruck arbeite, wollte aber keine Versprechen im Hinblick auf weitere Mittel machen. Zusichern könne er die Bereitschaft der Kommission zu größtmöglicher Flexibilität. Alle im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zur Verfügung stehenden Maßnahmen wurden von der Kommission ausgeschöpft. Hinsichtlich der Flexibilität bei den Staatlichen Beihilfen unterstrich er erneut deren Bindung an eine Drosselung der Produktion.

TOP Sonstiges

a) Bekämpfung von Lebensmittelbetrug in der EU – **Informationen der deutschen Delegation**

Auf Antrag der deutschen Delegation gab es eine Diskussion über den Bericht von Europol und Interpol über die aktuellen Ereignisse zum Lebensmittelbetrug. Demnach wurden mehr als 10.000 Tonnen und eine Million Liter gefälschter Lebensmittel in der EU konfisziert. Die zu Tage getretenen Lücken in der Verwaltung sollten rasch geschlossen, die Zusammenarbeit auf EU-Ebene verbessert und von Kommissionsseite koordiniert werden. Das Anliegen Deutschlands wurde von zahlreichen Mitgliedstaaten sowie von der Kommission unterstützt.

f) Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Mercosur – **Antrag der österreichischen, der zyprischen, der estnischen, der französischen, der griechischen, der ungarischen, der irischen, der lettischen, der litauischen, der luxemburgischen, der polnischen, der rumänischen und der slowenischen Delegation**

Auf Initiative der französischen Delegation wurde von 13 Mitgliedstaaten ein Antrag zu den Mercosur-Verhandlungen eingebracht. Sorge bereite den Delegationen der Zeitpunkt zu welchem die Europäische Kommission das Anbot vorlege. Kritisiert wurden auch die geplanten Zugeständnisse bei den Zollkontingenten für landwirtschaftliche Produkte, die ca. 50% des Mercosur-Exportvolumens in die EU ausmachten. Ohne Überarbeitung des mehr als 15 Jahre alten Verhandlungsmandats, einer vorhergehenden Folgenabschätzung sowie einer Vorlage der kumulierten Auswirkungen der Freihandelsabkommen dürften keine Zugeständnisse an die im Landwirtschaftsbereich äußerst kompetitiven Mercosur-Staaten gemacht werden. Der Agrarsektor in Europa befinde sich seit Monaten in einer prekären Situation. Der Rat nahm dies zur Kenntnis und wird die Verhandlungen weiter beobachten.

- g) **38. Konferenz der Direktoren der EU-Zahlstellen**
(Luxemburg, 11.-13. November 2015)
– **Informationen der luxemburgischen Delegation**

Auf Antrag der luxemburgischen Delegation wurde über die 38. Konferenz der Direktoren der EU-Zahlstellen berichtet. An Hand von 3 Workshops wurden die Themen Kontrollen, Umsetzung der neuen Bestimmungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in den Mitgliedstaaten und die Vereinfachung der GAP besprochen.

- h) **Ergebnisse des politischen Forums für die Verbesserung der Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette**
(Kaunas, Litauen, 31. März 2016)
– **Informationen der litauischen Delegation**

Die litauische Delegation berichtete über das Forum für die Verbesserung der Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette, welches im Rahmen der Internationalen Messe „Agrobalt“ am 31. März 2016 in Kaunas stattfand. Produzenten hätten zumeist die schwächste Position in der Lebensmittelversorgungskette, die es rasch zu stärken gelte. Besondere Konzentration sei dabei, im Sinne der Verbraucher und Produzenten, auf die Bekämpfung unfairer Handelspraktiken zu legen. Die slowakische Delegation verwies auf den während ihrer kommenden Präsidentschaft geplanten „Schwerpunkt Lebensmittelkette“.

Ich stelle sohin den

A n t r a g

Die Bundesregierung wolle den vorliegenden Bericht zur Kenntnis nehmen.

Der Bundesminister:
Rupprechter